



## **Wir wollen an einer Zukunft bauen, in der wir und unsere Kinder in einer solidarischen Gesellschaft leben können, in der sich private Initiative und staatliche Institutionen ergänzen.**

Die Solidarität ist als Begriff etwas aus der Mode gekommen und hat sich in der politischen Diskussion abgenutzt. Wenn er weiter Bedeutung haben soll, muss der Begriff neu gefasst werden. Früher standen der Zusammenhalt und das Einstehen füreinander von Gleichen oder vom gleichen Schicksal Betroffener im Vordergrund. Die gesellschaftliche Entwicklung hat diese grossen Gruppen von SchicksalsgenossInnen immer mehr fragmentiert. Die Individualisierung und die scheinbare Auflösung der grossen gesellschaftlichen Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit haben dazu geführt, dass die Einzel- und Partikularinteressen dominieren. Die Gesellschaft zerfällt in eine grosse Zahl von subkulturellen Gruppen mit unterschiedlichen Werthaltungen und Zielsetzungen. Mit dem Begriff Diversität ist versucht worden, die positiven Aspekte dieser Vielfalt zu fassen, er verweist auf das kreative Potential das diesem Reichtum an Ideen, Weltanschauungen und Kulturen innewohnt. Was kann in einem solchen Umfeld „Solidarität“ noch bedeuten? Wohl nicht mehr, dass Gleiche und Gleiches gegen die äussere Bedrohung verteidigt wird, sondern dass die Anderen in ihrer Existenzberechtigung anerkannt und ihr Beitrag zum gemeinsamen Ganzen wertgeschätzt werden. Solidarität heisst heute also, einstehen für die Diversität, das Recht der Andern auf Andersartigkeit, das Recht auf einen andern Lebensstil, eine andere Kultur und eine andere Werthaltung. Eine so verstandene solidarische Gesellschaft ist nicht frei von Konflikten und Widersprüchen, sie stellt hohe Ansprüche an die Anpassungs- und Integrationsfähigkeit aller. Integration heisst also nicht die Preisgabe des Eigenen, sondern seine Einordnung in ein Gesamt und die Teilhabe an der Gestaltung und Verantwortung für das Gesamt an Kultur, Gesellschaft und Politik.

Wir betrachten es als staatliche Aufgabe, die wirtschaftlichen Ungleichheiten so weit auszugleichen, dass allen Menschen, unabhängig ihrer psychischen und physischen Leistungsfähigkeit, ihrer sozialen Stellung, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Hautfarbe und Staatszugehörigkeit ein Minimum an Menschenwürde und Chancengerechtigkeit zukommt. Dazu gehört das Recht auf Unterkunft, Nahrung, Bildung und Arbeit und die Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten. Die Mittel dazu werden durch die Wirtschaft erarbeitet, sie ist indirekt auch wieder Nutzniesserin eines guten sozialen Klimas.

Dort wo nicht der wirtschaftliche Ausgleich im Vordergrund steht, sondern die menschlichen Beziehungen, ist die private Initiative unerlässlich. Frauen und Männer beteiligen sich als Einzelpersonen oder in privaten Institutionen an der freiwilligen Arbeit für die Gemeinschaft. Der Ausgleich zwischen Erwerbs-, Familien- und gesellschaftlicher Arbeit trägt zu einem breiten Kompetenzspektrum der Einzelnen bei und dient so Gesellschaft und Wirtschaft.



Als OrganisationsberaterInnen leisten wir einen Beitrag zur solidarischen Gesellschaft, indem wir mithelfen, die Qualität der Dienstleistungen staatlicher und staatlich subventionierter Organisationen für Benachteiligte weiterzuentwickeln und in Privatwirtschaft und Verwaltung Arbeitsbedingungen mitzugestalten, die zur Vereinbarkeit von Familien-, Erwerbs- und gesellschaftlicher Arbeit beitragen.